



Chiranuch

NICK NOSTITZ / AGENTUR FOCUS

leidigung. Der Publizistin Chiranuch Premchaiporn, 43, drohen sogar 50 Jahre Gefängnis, weil auf ihrer Nachrichtenseite Prachatai.com angeblich königskritische Leserkommentare veröffentlicht worden seien. „In Thailand werden die Medien mundtot gemacht“, sagt Chiranuch, „diese Regierung ist undemokratisch, sie wird vom Militär kontrolliert.“ Sollte die Regierung nicht einlenken, könne die Lage außer Kontrolle geraten. Im schlimmsten Fall drohe dem zerrissenen Land dann ein Bürgerkrieg.

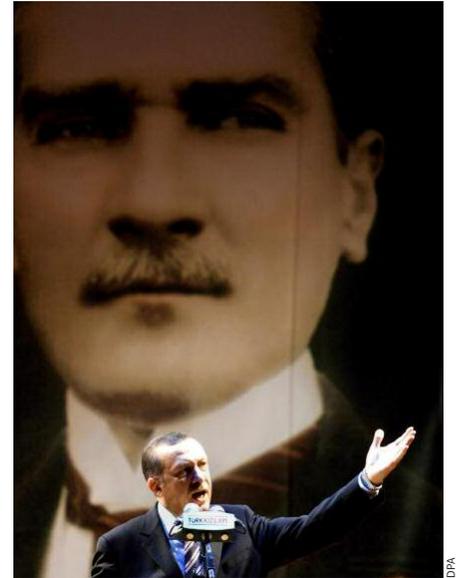
Ressourcenreichtum abgeht, macht es durch moralische Strenge wett. Wer sich die Mieten in Dubai nicht leisten kann, lebt oft in Schardscha und muss jetzt Denunziationen und Verfolgung fürchten. „Ich habe Angst, meinen Partner in seiner Wohnung zu besuchen. Wer weiß, ob die Polizei nicht auch Liebespaaren nachstellt“, wird eine philippinische Verkäuferin in der Zeitung „The National“ zitiert. Die Organisation Islamischer Staaten hat Schardscha zur Kulturhauptstadt 2014 ernannt.

TÜRKEI

Unbegrenzte Macht

Seit seinem Amtsantritt als Ministerpräsident spricht Recep Tayyip Erdogan gern öffentlich über sein politisches Lieblingsprojekt: die Einführung einer Präsidentsystemdemokratie nach amerikanischem Vorbild. Nun stellte der Premier in einem Fernsehinterview sogar eine Volksabstimmung darüber in Aussicht – vorausgesetzt, seine Regierungspartei, die islamisch-konservative AKP, gewinnt im kommenden Jahr die Parlamentswahl. Kritiker vermuten hinter dem Vorstoß reinen Eigennutz: In einem Präsidentsystem würden die Ämter des Minister- und des Staatspräsidenten in einer Position gebündelt. Sollte sich Erdogan noch seinen politischen Lebensraum erfüllen und vom Volk als Staatspräsident gewählt werden, würde er nahezu unbeschränkte Machtbefugnisse genießen. „In einem Land wie der Türkei, wo die Demokratie noch nicht vollständig verwurzelt ist, können daraus sehr bedenkliche Ereignisse entstehen“, befürchtet der kurdische Oppositionspolitiker Bengi Yildiz. Für den türkischen

Staatsrechtler Necmi Yüzbaşıoğlu bedeutet ein Präsidentsystem gar, der Diktatur die Türen zu öffnen: „Erdogan wäre wie ein gewählter König.“ Erdogan hingegen verteidigt seinen Vorschlag: In Bezug auf Rechte und Freiheiten seien die USA der Türkei weit voraus.



Erdogan vor Atatürk-Porträt

DPA

FINNLAND

„Bruder Matti“

Neue Enthüllungen zur Wahlspendenaffäre bringen Ministerpräsident Matti Vanhanen und seine Zentrumsparterie zunehmend in Bedrängnis. Vanhanen könnte daher noch vor seinem ohnehin geplanten Rücktritt als Parteichef am 12. Juni gezwungen sein abzudanken. Der Ministerpräsident und andere Regierungspolitiker vom Zentrum und den Konservativen hatten 2007 von diversen Firmen widerrechtlich Wahlkampfhilfe erhalten. In

der Parteizentrale des Zentrums fand sich sogar eigens eine Unternehmergruppe zusammen – allein um Spenden zu beschaffen. Bislang bestritt der Premier die dubiosen Kontakte. Nun aber wird öffentlich, dass er darüber informiert sein musste. So schrieb der Unternehmer Arto Merisalo, einer der Geldgeber, in einer jetzt bekanntgewordenen Mail nach der Wahl an Vanhanen: „Bester Bruder Matti, unter deiner Leitung hat Finnlands Zentrum einen fabelhaften Abwehrsieg erreicht ... die Sozis haben bekommen, was sie verdienen.“ Der Regierungschef antwortete artig: „Danke für alle Hilfe, Gruß Matti. PS: Das Fest müssen wir organisieren.“ Das fand dann im Mai 2007, wenige Wochen nach der Wahl, mit den wichtigsten Finanziers des Wahlkampfes in Vanhanens Residenz statt. Im selben Monat griff Vanhanen bei der Grundsteinlegung eines Einkaufszentrums zum Spaten. Bauherr war einer seiner wichtigsten Sponsoren.



Vanhanen

LEHTINVA OY / ACTION PRESS